

Von Maria Perrefort

HAMM - 45 Jahre lang arbeitete Johanna Schwing für den Katholischen Fürsorgeverein für Mädchen, Frauen und Kinder. Sie war eine der wenigen, die sich den Nationalsozialisten entgegenstellte, indem sie die Zwangssterilisation ihrer Schützlinge zu verhindern suchte. 1919 wurde sie als eine der ersten Frauen in den Rat der Stadt Hamm gewählt – Gründe genug, ihr heute einen Straßennamen zu widmen.

Im November 1907 kam Agnes Neuhaus (1854-1944), die 1899 in Dortmund den Katholischen Fürsorgeverein für Mädchen, Frauen und Kinder gegründet hatte, nach Hamm, um hier einen Filialverein aufzubauen. Sie kündigte sich beim Ehepaar Schwing an, das damals an der Oststraße 60 wohnte. Ob Schwing schon vorher sozial engagiert war, oder ob der Kontakt über die Ehemänner – beide Juristen – zustande kam, wissen wir nicht.

Die kinderlose Johanna Schwing lud ihre Freundin Maria Bahr und deren Mann ein. „Zagenden und zögernden Herzens, aber doch bereitwillig“ sagten beide Frauen zu, die Ortsgruppe Hamm war gegründet. Für den Vorsitz schien Schwing mit 30 Jahren zu jung zu sein, die 39-jährige Bahr wehrte sich aber gegen die Übernahme der großen Verantwortung. Schließlich fiel ihnen „Frau Amtsgerichtsrat Lohmann“ ein, die bereits in Münster Erfahrungen mit dieser sozialen Arbeit gesammelt hatte.

Elisabeth Lohmann folgte der Anregung und übernahm den Vorsitz. Zur Ortsgruppe gehörten neben Schwing, Bahr und Lohmann auch die Lehrerinnen Anna Giese und Josefine Kellers. Nach Lohmanns Tod im Februar 1912 trauete Schwing sich doch und trat die Nachfolge im Hammer Verein an; über vier Jahrzehnte sollte sie dieses Amt innehaben.

Schon bald mieteten die Frauen ein Zimmer bei den Schwestern im Piushaus an der Werler Straße 81 „als vorläufiges Asyl für gefährdete Mädchen“. Man kann darin eine Vorläuferin heutiger Frauenhäuser sehen, auch wenn Motivation und politisches Selbstverständnis der Trägerinnen damals und heute sich stark unterscheiden.

Grundsätzlich bemühten die Vereinsfrauen sich besonders darum, eine vorbeugende Fürsorge aufzubauen. In Verbindung mit den Behörden arbeitete der Fürsorgeverein mit Pflegekindern im Vormundchaftswesen und in der Betreuung von jungen Frauen auf Geschlechtskrankheitenstationen der Krankenhäuser. Bahr kümmerte sich seit 1915 um im Gefängnis einsitzende Frauen.

1919 hatte die Arbeit so zugenommen, dass der Fürsorgeverein eine bezahlte Sekretärin anstellte. Die erste ausgebildete Fürsorgerin war 1926 Auguste Enste. Für die Verwaltungsarbeit wurde ein Büro im städtischen Wohlfahrtsamt genutzt, in vielen Fällen aber auch das Anwaltszimmer von Josef Schwing. Bessere Verhältnisse traten

Hamms erstes Frauenhaus

Johanna Schwing leitet den Katholischen Fürsorgeverein und zieht als erste Frau in den Rat ein



Der Personalausweis von Johanna Schwing (1924) ist Objekt des Monats August im Gustav-Lübcke-Museum. • Foto: Gustav-Lübcke-Museum

ein, als 1928 das Haus Brüderstraße 12 gekauft wurde. Hier richteten die Frauen neben der Geschäftsstelle des Vereins das Marienheim ein, ein so genanntes „Vorasyll“, einen Zufluchtsort mit 18 Betten, der allerdings keine dauernde Unterkunft bieten konnte und wollte. Ins Marienheim kamen „die Ehefrau, die von ihrem Manne bedroht wurde“, „heimatlose Mädchen“, „entlassene Strafgefangene“ und andere, die in ihrer Not nicht wussten wohin.

„Gefährdete“ Frauen und Mädchen retten

Die bürgerlichen Frauen hatten sich ganz der Aufgabe verschrieben, „gefährdete“ Frauen und Mädchen zu retten. Ihre Vorstellungen von einem heilen und glücklichen Leben mussten nicht mit denen ihrer eher unterbürgerlichen Klientel übereinstimmen und sind auch aktuell kaum noch die Leitlinien sozialer Arbeit. Die Frauen sahen sich damals dem Vorwurf ausgesetzt, „als ob den Gefährdeten zu viel geholfen“ und so der Sünde Vorschub geleistet würde.

1929 fanden 223 junge Frau-

en im Marienheim Schutz. Die Leitung des Hauses lag seit dieser Zeit in den Händen des Enstes, Jahresberichte, Büro- und Vormundschaftsarbeit bei Schwing. Auch nach dem 1924 mit der Novelle des Wohlfahrtsgesetzes kommunale Jugendämter eingerichtet worden waren, riss die Arbeit für die ehrenamtlich tätigen Frauen nicht ab. Ihnen blieb weiterhin die Aufsicht über das Pflegekinder- und Adoptionswesen übertragen.

1933 betreute der Fürsorgeverein gemeinsam mit vier hauptamtlichen Fürsorgerinnen schon 2231 Personen, doch dann lockerte sich die Beziehung zu den Behörden, die jetzt nach NS-Vorstellungen arbeiteten, ja, die Fürsorgerarbeit war „ständiger Bedrückung seitens der nationalsozialistischen Stadtverwaltung“ und sogar expliziten Strafandrohungen ausgesetzt. 1935 strich die Stadtverwaltung die Zuschüsse; zuständig sollte nur noch die Nationalsozialistische Volkswohlfahrt (NSV) sein. Lediglich bei der Fürsorge für „Behinderte“ oder „Asoziale“ war die Unterstützung noch genehm.

Dieses Klientel des Fürsorgevereins geriet gleichwohl ins Visier der NS-Behörden, die auf der Grundlage des „Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ vom 14. Juli 1933 als „schwachsinnig“ diagnostizierte Personen zwangsweise sterilisieren lassen wollten. Die bewusst nebulös gehaltenen gesetzlichen Vorgaben eröffneten die Möglichkeit, „schwachsinnig“ sowohl als minderbegabt, sozial, moralisch defizitär oder widerständig zu verstehen.

Zwar hatte die katholische Kirche keine klar ablehnende Position gegen dieses Gesetz zu erkennen gegeben, doch versuchten zahlreiche Aktive in der katholischen Fürsorgearbeit, die Sterilisationen zu verhindern. 1934 tagten Frauen und Männer aus Westfalen in Hamm und legten Richtlinien für die Aktenführung fest. So sollten staatlichen Psychiatern, Gesundheitsämtern und Erbgesundheitsgerichten belastende Informationen über Schützlinge und Mündel vorenthalten werden. Offene Opposition wurde vermieden, um die Zuständigkeit für die Fürsorge nicht aufs Spiel zu setzen.

Schwing scheute aber auch die Auseinandersetzung nicht, wenn es um ihre Schützlinge ging. Am 4. Januar 1935 legte sie Beschwerde gegen einen Gerichtsbeschluss „betr. Unfruchtbarmachung“ ein: Henny S. sollte, den rassistischen Vorstellungen im NS-Gesundheitswesen folgend, zwangsweise sterilisiert werden. Schwing erklärte, dass in Hennys Familie kein „erblicher Schwachsinn“ gegeben sein könne.

Vor dem Zugriff der NS-Medizin gerettet

Die Beschwerde wurde vor dem Erbgesundheitsobergericht in Hamm – einer Abteilung des Oberlandesgerichts – am 4. April 1935 verhandelt und hatte Erfolg. Durch Schwing Mut entging Henny S. dem Zwangseingriff. Ich gehe davon aus, dass dieses Engagement, auf das ich zu fällig gestoßen bin, nicht das einzige geblieben ist und sie weitere junge Frauen vor dem Zugriff der NS-Medizin gerettet hat.

Nachdem das Haus an der Brüderstraße 12 1944 durch Bombenangriffe zerstört wor-

den war, arbeiteten die Fürsorgefrauen in der Schwing-Villa an der Adolfstraße 15 (heute Josef-Wiefels-Straße) weiter.

Die betreuten Frauen und Kinder siedelten nach Schloss Herdringen über. Diese Evakuierung war möglich, weil Enste ihre Privatkontakte aktiviert hatte. Ihr Bruder war dort Rentmeister. 1946 kam der Fürsorgeverein am Südenwall 2a unter, musste sich wegen Baufälligkeit aber bald nach Alternativen umsehen und beschloss, das Marienheim an der Brüderstraße 12 wieder aufzubauen. Im August 1949 wurde es bezogen.

Die Fürsorgearbeit stellte gerade nach Kriegsende noch einmal neue Herausforderungen. „Not, Nahrungs- und Kleidersorge, Wohnungsnot“ waren nun Gründe für das Einschreiten des Vereins, der sich um Essen und Obdach kümmerte. Eine der „Hauptaufgaben“ blieb jedoch „die Sorge für die uneheliche Mutter und deren Kind“, zur Not in der Mansarde der Schwing-Villa. Von 1950 bis 1953 war Johanna Schwing Präsidentin des Gesamtverbandes. Sie starb 19. März 1953 im Alter von 75 Jahren.

Johanna Schwing war darüber hinaus eine der ersten Frauen, die im März 1919 in den Stadtrat von Hamm gewählt wurden. Mit dem Sturz der Monarchie erhielten Frauen erstmals das aktive und das passive Wahlrecht. Neben Schwing, die für die katholische Zentrumsparterie kandidierte, gelangten auch ihre Parteifreundin Clementine Röper sowie die Sozialdemokratin Auguste Röhling in die Stadtverordnetenversammlung. Am 27. März 1919 um 17 Uhr traten die drei Frauen und 39 Männer zur ersten Sitzung im Haus der Klubgesellschaft am Marktplatz zusammen.

Schwing soziale Arbeit war weit mehr als der Auftritt einer bürgerlichen Gattin bei einer Charity-Veranstaltung. Sie hatte einen Fulltime-Job, ohne Bezahlung, allerdings auch ohne Ausbildung. Bei der politischen Arbeit machte sie ebenfalls keine halben Sachen: Auch in den folgenden Legislaturperioden ließ sie sich immer wieder für das Zentrum aufstellen. Unermüdlich arbeitete sie während der gesamten Zwischenkriegszeit im Wohlfahrtsausschuss, im Jugendamtsausschuss und im Armenwesen der Stadt. Sie war 1924 Vorsteherin eines Armenpflegebezirks und kümmerte sich im Bereich der Südstraße auch um soziale Fragen.

Professionalisierte Mütterlichkeit

Die Frauen des Rats von Hamm kümmerten sich vorwiegend um Ausschussarbeit, die sozusagen mit ihrer weiblichen Geschlechtsrolle konform ging, also eine Art professionalisierter Mütterlichkeit entsprach: Es ging um Schule, um Soziales, um Kirchliches. Nur Clementine Röper besetzte – erstaunlicherweise – ein ums andere Mal einen Sitz im Ausschuss für Rechnungs- und Kassenprüfungen.

In den Magistrat, Führungsebene der Stadt, stiegen die Frauen während der 1920er Jahre allerdings nie auf. Die NSDAP mit ihren auf „Frau und Mutter“ festgelegten Weiblichkeitsklischees beendete die politische Karriere dieser Frauen 1933. Wahlen fanden nicht mehr statt. Nach dem Zweiten Weltkrieg kandidierte Johanna Schwing nicht mehr für den neuen Stadtrat, sondern widmete sich ausschließlich der Tätigkeit im Katholischen Fürsorgeverein für Mädchen, Frauen und Kinder.

Heute führt der Katholische Sozialdienst (KSD) in Hamm die soziale Arbeit von Johanna Schwing und ihren Mitstreiterinnen fort. 1968 hatte der Sozialdienst katholischer Frauen (SKF) die Nachfolge des Fürsorgevereins angetreten, der sich 1975 mit der Männerorganisation SKM zum KSD zusammenschloss. Die Geschäftsstelle ist heute noch an der Brüderstraße 12. Schwing zu Ehren soll eine Straße im Neubaugebiet am Beisenkamp nach ihr benannt werden.

Dr. Maria Perrefort ist Kuratorin für Stadt- und Regionalgeschichte im Gustav-Lübcke-Museum.



Das Marienheim an der Brüderstraße 12 nach dem Wiederaufbau 1949 (links) und heute (Mitte). Ihre Villa ließen die Schwings 1928/29 nach Plänen des Architekten Karl Wibbe errichten. • Fotos: Gustav-Lübcke-Museum/MröB/Szkudlarek